

Demonstration

16. Januar 2021

14 Uhr

Rathausmarkt

Gedenken

18. Januar 2021

18 Uhr

Gedenkort

Hafenstraße, Ecke Konstinstraße

25

Jahre

Hafen- straße'96

Gedenken & Anklagen

Weitere (Online-) Aktivitäten & Veranstaltungen unter

 hafenstrasse96.org

 [/fluechtlingsforum](https://www.instagram.com/fluechtlingsforum)

 hafenstrasse96.org

 [/fluechtlingsforum](https://www.instagram.com/fluechtlingsforum)

Hafen- straße'96

Vor 25 Jahren brannte in den frühen Morgenstunden des 18. Januar 1996 das Asylbewerber*innenheim in der Hafenstraße 52 in Lübeck. Sieben Kinder und drei Erwachsene kamen hierbei ums Leben. 39 Menschen wurden verletzt. Die Ursache war ein rassistischer Brandanschlag - ein trauriger Anlass, der es verdient auf eine besondere Art und Weise erinnert zu werden.

Seit 25 Jahren gilt der Brand als unaufgeklärter Brandanschlag mit der bisher höchsten Opferzahl in Deutschland – alles deutet darauf hin, dass die Täter*innen vier Neonazis waren, die in der Nacht durch Lübeck fuhren und das Haus in Brand setzten. Die Gruppe Neonazis wurde am Tatort kontrolliert und zunächst auch vernommen. Einer der Männer legte später ein Geständnis ab. Keiner der Neonazis wurde angeklagt oder verurteilt. Zuletzt wurde im Jahr 2000 versucht die vier Neonazis anzuklagen - ohne Erfolg. Bis heute ist das rassistische Tatmotiv nicht von der Lübecker Staatsanwaltschaft in Erwägung gezogen und zur Anklage zugelassen worden.

Stattdessen wurde der Bewohner des Hauses, Safwan Eid, zusammen mit seinem Bruder verhaftet. Der aus dem Libanon stammende Mann wurde aufgrund einer ominösen Zeugenaussage beschuldigt, dass Asylbewerber*innenheim, in dem er seit Jahren mit seiner Familie lebte, angezündet zu haben. Nach einem langen Prozess wurde er aufgrund von Mängeln an Beweisen freigesprochen. Insgesamt wurde er zweimal unschuldig angeklagt und inhaftiert. Eine Täter-Opfer-Umkehr, die sich zum Beispiel auch bei den Taten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) zeigte und als falsch erwies.

Auch wenn die 1990er Jahre immer wieder exemplarisch als Jahrzehnt der rassistischen Anschläge genannt werden, ist rechte Gewalt bis heute alltäglich.

25 JAHRE GEDENKEN & ANKLAGEN

Neue Wege für die kollektive Erinnerung: Die Ereignisse der Nacht vom 18. Januar 1996 sind Teil unserer Geschichte. Eine Geschichte des Verlustes geliebter Menschen, von Verletzungen, von Angst, Traumatisierung, der Betroffenheit und des Widersprechens. Eine Geschichte des Gedenkens und des Anklagens.

Wir sehen es als unabdingbar an, die Verstorbenen und Überlebenden des Hafenstraßen-Brandanschlages, aber auch die von anderen Anschlägen wie in Halle oder Hanau nicht zu vergessen und aus ihrem Leid etwas für die Kämpfe und Herausforderungen unserer Zeit zu lernen.

Wir wollen nicht still sein, wenn Menschen rassistische Gewalt erfahren, sei es durch die Polizei oder durch rechten Terror. Der Hass gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen ist weiterhin tief in unserer Gesellschaft verwurzelt. Daher dürfen wir auch nicht wegsehen, wenn Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen ertrinken oder eingepfercht in Lagern leben müssen.

25 JAHRE HAFENSTRAßE – LASST UNS DIE ERINNERUNG, DAS GEDENKEN & ANKLAGEN ÜBERALL SICHTBAR MACHEN!

Wir möchten gemeinsam mit euch die Kämpfe und Auseinandersetzungen unserer Zeit verbinden und gemeinsam eine Erinnerungswoche gestalten, in der wir Gedenken & Anklagen.

Lasst uns gemeinsam ein Zeichen setzen und werdet mit uns aktiv. Nehmt Teil an den Veranstaltungen, verteilt unser Infomaterial oder setzt eigene Aktionen in die Tat um und schickt sie uns zum Bewerben oder Veröffentlichen an:

hafenstrasse96@systemausfall.org

In Gedenken an die 49 Menschen aus dem Haus in der Hafenstraße 52. Keiner der Menschen lebte freiwillig in diesem Haus.

WIR KLAGEN AN,

- dass die Staatsanwaltschaft Lübeck ein rassistisches Tatmotiv nicht weiterverfolgt hat, obwohl es Geständnisse von Neonazis gab.
- dass es bis heute keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gibt, der sowohl die Verstrickung der Behörden als auch die Tat selbst untersucht.
- dass der Brand nicht offiziell als rassistischer Brandanschlag deklariert ist und eine Anerkennung, als schwerwiegendster Brandanschlag in Deutschland aussteht.
- dass die Hansestadt Lübeck bis heute keine Erinnerungskultur für Opfer und Betroffene rechter Gewalt etabliert hat – Finanzierung, Anerkennung und rege Beteiligung stehen weiterhin aus.
- dass rechte Gewalt nicht als gesamtgesellschaftliche Herausforderung angesehen und bekämpft wird.

Gemeinsam Gedenken & Anklagen
Initiative Hafenstraße'96